

IHK-Regionalausschuss Landeshauptstadt München

Positionen zu der Kommunalwahl 2026

Auf einen Blick

Der IHK-Regionalausschuss Landeshauptstadt München vertritt die Interessen von ca. 135.000 Unternehmen. Mit Blick auf die Kommunalwahlen 2026 sind aus Sicht der regionalen Wirtschaft die nachfolgenden Handlungsfelder für den Erhalt und die Stärkung des Wirtschaftsstandortes von besonderer Bedeutung:

- Verkehr und Mobilität: lückenlos, belastbar, vernetzt
- Moderne Stadtverwaltung: serviceorientiert, digital, schlank, schnell
- Planen/Genehmigen/Bauen: modern, digital, service- und lösungsorientiert

Verkehr und Mobilität: lückenlos, belastbar, vernetzt

Die Erreichbarkeit ist ein zentraler Wirtschaftsfaktor. Hierzu braucht es ein integriertes Verkehrs- und Mobilitätskonzept, das alle Verkehrsträger umfasst, innovative Technologien nutzt und einen funktionierenden Wirtschafts- und Kundenverkehr anstrebt. Konkrete Leitplanken sind:

Erreichbarkeit sicherstellen, funktionierenden Wirtschaftsverkehr ermöglichen

- Integriertes Verkehrs- und Mobilitätskonzept entwickeln, das Verkehrsermöglichung in den Mittelpunkt stellt, eng mit allen Akteuren abgestimmt wird und Maßnahmen harmonisiert
- Intelligente Verkehrssysteme einführen, die Verkehrsfluss optimieren (z.B. KI-basiert, Kameras)
- Erreichbarkeit der Innenstadt ganzheitlich betrachten, um die Mobilitätsbedürfnisse in den Bereichen Einkaufen, Freizeit und Kultur aufeinander abzustimmen; Mögliche Einschränkungen erst nach Ausbau attraktiver Alternativen zum privaten Pkw vornehmen
- Umlandkommunen bei Ausweitung von Park & Ride- sowie Bike & Ride-Angeboten unterstützen und vorhandene Angebote besser bewerben
- Umfassendes Parkplatzkonzept für das Stadtgebiet unter Berücksichtigung der tatsächlichen Bedarfe (Anwohnergaragen, oberirdische Parkplätze, Parkgaragen) entwickeln, Parkleitsystem einführen/modernisieren und gegen Dauerparker (insbesondere Wohnmobile) vorgehen

Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV), Mobilitätsangebote und Ladeinfrastruktur ausweiten

- Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) ausbauen, störungsfreies Angebot sicherstellen sowie engere Verknüpfung mit weiteren Mobilitätsangeboten (z.B. Taxi) anstreben
- Einbindung von (lokalen) Mobilitätsanbietern bei autonomen Testfeldern anstreben
- Anbindung des Flughafens (z.B. durch ICE-Halt) verbessern

- Ladeinfrastruktur flächendeckend ausbauen: Vergaben für Normalladestationen schnell umsetzen, Konzept für Schnellladesäulen erarbeiten (inkl. Schaffung e-Mobilitäts-Hubs innerhalb des Mittleren Rings), Genehmigungsprozesse insgesamt beschleunigen und Netzverfügbarkeit zügig herstellen
- Bedarfsgerechte Ladeinfrastruktur für E-Wirtschaftsverkehr und für gewerbliche Mobilitätsanbieter baurechtlich ermöglichen

Moderne Stadtverwaltung: serviceorientiert, digital, schlank, schnell

Für die Sicherung des Wirtschaftsstandorts ist eine anpassungsfähige Wirtschaft, die durch eine wirtschaftsfreundliche, serviceorientierte und digitale Verwaltung unterstützt wird, unerlässlich.

Service-/dienstleistungsorientierte Verwaltung anbieten

- Bürger- und unternehmensfreundliche Verwaltung zur effizienten Bearbeitung von Anliegen der Wirtschaft anstreben
- Beschleunigte Umsetzung des Stadtratsbeschlusses („Stadtverwaltung mittelstandsfreundlich ausrichten“), Einführung klarer Leistungskriterien (dort wo rechtlich noch nicht vorhanden) und transparenter Darstellung der Ergebnisse
- Bei referatsübergreifenden Verfahren, Festlegung referatsübergreifender Ansprechpartner und Stärkung der interdisziplinären Kooperation zwischen Verwaltungsreferaten
- „Fast-Lanes“ für Wirtschaft einrichten, Genehmigungsverfahren vereinfachen und beschleunigen
- Förderung einer positiven Genehmigungskultur und Motivation der Mitarbeitenden, vorhandene Ermessensspielräume zugunsten der antragstellenden Wirtschaftstreibenden zu nutzen
- Stärkere Ausrichtung von Entscheidungen an fachlichen Kriterien statt parteipolitischen Interessen sowie volle Nutzung gesetzlicher Handlungsspielräume
- Rechtliche Öffnungsmöglichkeiten beim Ladenschluss vollumfänglich und auf gesamtes Stadtgebiet umsetzen

Potentiale der Digitalisierung heben

- Verwaltungsdigitalisierung beschleunigen, dabei Anforderungen und Erwartungen der Unternehmen als Basis für Planung und Entwicklung digitaler Lösungen berücksichtigen, Unternehmen frühzeitig in Entwicklungsprozess einbinden und Praxistauglichkeit sowie Nutzen für Anwender erproben lassen
- Grundsätzlich auf bayern- und bundesweit einheitliche digitale Standards und Anwendungen setzen
- Möglichkeiten einer Bewerbung als Modellkommune prüfen, um mehr Flexibilität für Anreize zur Digitalisierung zu setzen, z.B. Fast-Lanes für digitale Akteneinsichtnahmen
- Moderne, KI-gestützte, digitale Informations- und Kommunikations-Tools zur schnelleren und effizienteren Abwicklung von Anfragen und Sachstandsankünften einführen
- Verwaltungsprozesse durchgängig „Ende zu Ende“ digitalisieren und weitestgehend automatisieren, interne Abläufe (z.B. digitale Umlaufmappen, parallele Bearbeitung) und externe Schnittstellen (z.B. Unternehmenskonto) effizient vernetzen und Unternehmen frühzeitig bei Entwicklung als Power-User einbinden, um praxisnahe und nutzerorientierte Lösungen zu erreichen

Prozesse optimieren

- Alle Spielräume zum Bürokratieabbau nutzen, Prozesse an digitalen Möglichkeiten ausrichten
- Genehmigungsfreie Gestaltung dort wo rechtlich möglich anstreben
- Einhaltung von Rechtsrahmen mit Stichprobenkontrollen in Verbindung mit Strafen sicherstellen
- Bei neuen Verfahren, Verschlinkung bisheriger Verfahren mitdenken, keine neuen Mitarbeiter für neue Aufgaben einstellen, Kostensparpotenziale durch Digitalisierung nutzen
- Personal- und Organisationsmanagement (z.B. Lean-Management-Methoden) nach Vorbild von Unternehmen einführen

Planen/Genehmigen/Bauen: modern, digital, service- und lösungsorientiert

Die Verfügbarkeit von Wohn- und Gewerberaum ist ein zentraler Standortfaktor. Lange Planungs- und Genehmigungsverfahren machen Projekte schwer kalkulierbar und erhöhen die Kosten. Eine gute und effektive Zusammenarbeit auf kommunaler Ebene zwischen Wirtschaft, Politik und Verwaltung trägt ebenso maßgeblich zur Beschleunigung der Verfahren bei, wie komplett digitalisierte Verfahren und angemessene baurechtliche Vorgaben.

Bauverwaltung serviceorientiert aufstellen

- Firstlevel-Support für telefonische oder digitale Erstauskünfte und Akteneinsicht anbieten, Vorgänge mit intensiver fachlicher Prüfung separiert bearbeiten, KI-Assistenten bewusst einsetzen
- Um Bürgerbegehren frühzeitig zu klären bzw. zu vermeiden und Planungssicherheit herbeizuführen, umstrittene Bauvorhaben durch Kommune frühzeitig gegenüber Bürgerschaft kommunizieren
- Planbarkeit für Vorhabenträger und Bauherren durch Einführung verbindlicher Vorgaben für Bearbeitungs-/Servicezeiten (dort wo gesetzlich nicht geregelt) und messbarer Servicestandards herstellen
- Einführung eines verpflichtenden, frühzeitigen Austauschgebots („Phase 0“) zwischen Bauherren bzw. Vorhabenträgern und Bauämtern, Stadtplanungsbehörden sowie relevanten Entscheidungsträgern, um potenzielle Unklarheiten insbesondere bei komplexen Vorhaben, z.B. § 34 Nachbarschaftsbebauung, frühzeitig zu klären, Konflikte zu vermeiden und den Prüf- und Genehmigungsprozess zu beschleunigen

Bauverwaltung schneller und konsequent digitalisieren

- Vollständig digitale, medienbruchfreie Baugenehmigungsverfahren, die vom Antrag bis zur Genehmigung jederzeit die unmittelbare Erteilung einer Sachstands Auskunft ermöglicht
- Schnelle Umsetzung der Sachstands Auskunft, um Transparenz zu schaffen
- Anreize zur digitalen Einreichung von Bauverfahren schaffen (solange noch keine gesetzliche Pflicht vorliegt), indem in „Fast-Lanes“ digitale Bauanträge beschleunigt bearbeitet und/oder Gebühren für digitale Einreichung gesenkt werden
- Vollständige Digitalisierung sowie zentrale Bereitstellung von Bauakten und Bestandsdaten auch als Serviceangebot gewährleisten und Berechtigten schnelle, digitale Einsichtnahme ermöglichen
- Digitalisierung der Bestandsakten (z.B. LBK) durch externe Dienstleister umsetzen, notfalls – sofern signifikante Verbesserung hervorgeht – mit Sondergebühren für digitale Erfassung bis zur vollständigen Digitalisierung; verbindlichen, klaren Zeithorizont für vollständige Aktendigitalisierung aufzeigen

Baurechtliche Hemmnisse und ausufernde Bürokratie beseitigen

- Potenziale zur Wohnraumschaffung nutzen und mehr Gestaltungsspielraum für Bauherren zulassen
- Vereinfachung und Straffung der Ausführungsbestimmungen
- Behördeninterne Abstimmungen fördern, um nicht umsetzbare, widersprüchliche Vorgaben zwischen Referaten oder Behörden (z.B. Klima-, Denkmal-, Brand- und Arbeitsschutz) zu vermeiden, Zusammenarbeit/Abstimmungen insbesondere zwischen Mobilitätsreferat und Planungsreferat sowie Referat für Arbeit und Wirtschaft verbessern sowie Unklarheit über „Letztentscheider“ beheben
- Um Gefahr zu reduzieren, dass Unternehmensstandorte oder Wohnraumvorhaben außerhalb des Stadtgebiets verlagert werden, und Wirtschaftlichkeit von Vorhaben gefährdet wird, übermäßige Anforderungen an klima- und sozialgerechte Baulandentwicklung vermeiden
- Nachweiserfordernisse, wie beispielsweise externe Beratungs- und Gutachterleistungen reduzieren, um widersprüchliche und wirtschaftlich nicht vertretbare Anforderungen zu vermeiden; sofern Gutachten erforderlich, muss es anschließend vollzogen/berücksichtigt werden

- Mehr Flexibilität in der Anwendung der TA-Lärm
- Förder- und Zuschussrichtlinien überarbeiten und vereinfachen
- Informelle Planungen und Konzepte in verbindliche Bauleitpläne überführen, um kommunale Verfahren zur Schaffung von Baurecht zu vereinfachen und zu beschleunigen sowie mehr Sicherheit für Planung und Investitionen zu schaffen, z.B. fehlt aktuell Umsetzung der Planung Domagkpark
- Bedarfsgerechte, kommunale Stellplatzsatzungen einführen, da bisherige Satzung am Bedarf vorbei geht und Vorhaben verteuert

”

„München hat ein hervorragendes Image als Top-Standort und bietet Unternehmen auch im internationalen Vergleich gute Bedingungen. Doch es gibt ernsthafte Herausforderungen, die nicht ignoriert werden können: Die Stadt ist unter den Top-Staustädten Deutschlands, und die Verwaltung muss dringend wirtschaftsfreundlicher und digitaler werden. Besonders in der Bauverwaltung sind massive Verbesserungen notwendig, denn sie stellt aktuell einen signifikanten Engpass bei der Schaffung von Wohnraum und Gewerbeflächen dar.“

Peter Inselkammer, Vorsitzender des IHK-Regionalausschusses Landeshauptstadt München

Die IHK für München und Oberbayern



Die Industrie- und Handelskammer (IHK) für München und Oberbayern ist die größte IHK Deutschlands. Sie vertritt über 400.000 Unternehmen verschiedenster Branchen, Größenklassen und Rechtsformen. Die IHK ist eine „Körperschaft des öffentlichen Rechts“. Beste Rahmenbedingungen für den wirtschaftlichen Erfolg ihrer Mitgliedsunternehmen zu schaffen, ist ihr oberstes Ziel.

Durch engen Austausch mit Entscheidungsträger/-innen aus Politik und Verwaltung sorgt die IHK dafür, dass die Anliegen der Unternehmen gehört werden. Eine gesetzliche Mitgliedschaft sichert, dass alle Mitglieder ihre Interessen gleichermaßen einbringen können. Sie macht die IHK unabhängig von großen Beitragszahlern oder staatlichen Zuwendungen und gewährleistet ihre parteipolitische Neutralität.

Die Fokusthemen zu den Kommunalwahlen 2026 wurden vom IHK-Regionalausschuss Landeshauptstadt München am 23.10.2025 einstimmig beschlossen.

Ansprechpartner:

Jochen Wiegmann

☎ 089 5116 – 1200

@ wiegmann@muenchen.ihk.de



ihk-muenchen.de



/company/ihk-muenchen



/ihk.muenchen.oberbayern



ihk-muenchen.de/newsletter



/pages/ihk-muenchen



@IHK_MUC